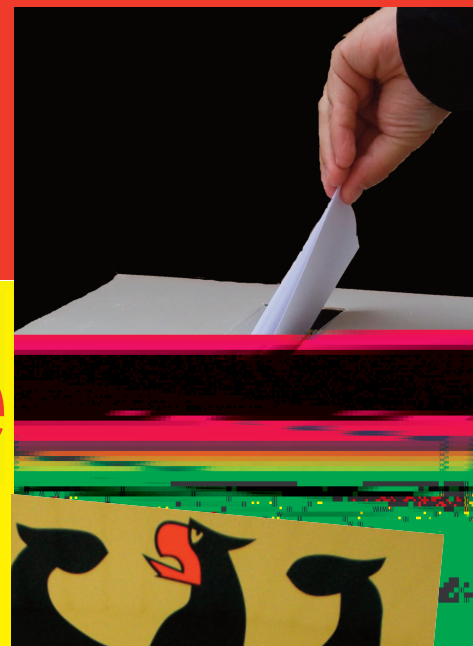


Wählen gehen!

Für mehr soziale Gerechtigkeit

Deine Stimme ist wichtig

Bundestagswahl am 27. September 2009



Neue Broschüre der mobifair GmbH



Die neue Broschüre (hier das Titelbild) informiert über das Sozialzertifikat der mobifair GmbH.

Das mobifair-Sozialzertifikat

Den Guten eine Chance! Mit der mobifair Zertifizierungs- und Beratungsgesellschaft mbH bieten wir unter dem Motto „Den Guten eine Chance!“ eine Reihe von wertvollen Dienstleistungen an.

Im Vordergrund steht dabei die Zertifizierung von Betrieben im Hinblick auf die Einhaltung von Sozialnormen. Hierbei fokussiert sich unsere Gesellschaft auf die Beschäftigungsverhältnisse und untersucht die Lohn- und Sozialstandards.

Mit dem Zertifikat von mobifair sollen die Vergabestellen von Verkehrs- und Dienstleistungen eine verlässliche Richtlinie erhalten, die es ihnen ermöglicht, „Schwarze Schafe“ in der Branche zu erkennen und von der Vergabe auszuschließen.

Die neue Broschüre ist kostenlos. Sie gibt einen Einblick in die Zertifizierungsabläufe und erläutert das Zertifizierungsverfahren und kann unter der E-Mail-Adresse info@mobifair-gmbh.eu bestellt werden. *hc*

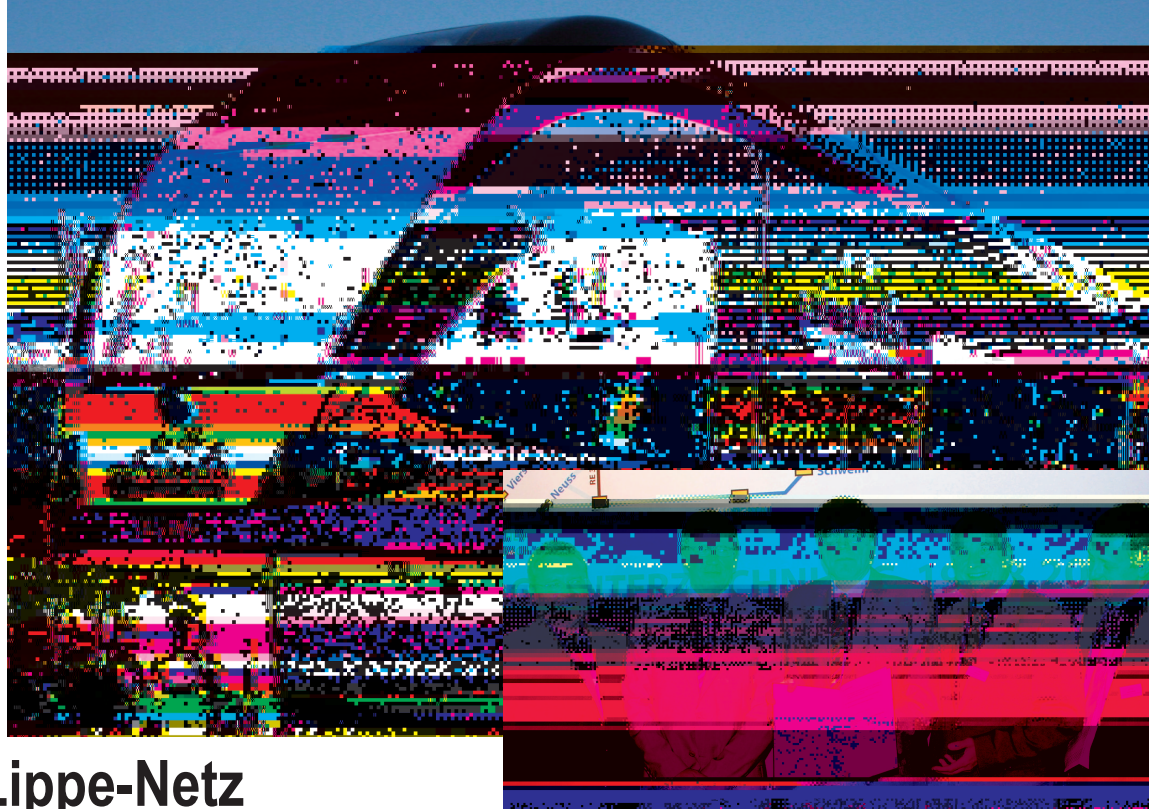
Mit der neuen europaweiten Eisenbahn-Fahrpersonalverordnung (EFPV) wird der Schutz der Triebfahrzeugführer deutlich über den bisherigen Standard hinaus erweitert.

Dies gilt ab 9. Dezember dieses Jahres für den grenzüberschreitenden Verkehr und ab 2012 auch für den innerdeutschen Verkehr.

Seite 8

Ausschreibung aufgehoben

Die Ausschreibung des Netzes "Westliches Münsterland" (RB 51 Dortmund – Enschede, RB 63 Coesfeld – Münster, RB 64 Münster – Enschede) wurde jetzt aufgehoben. Grund: die Unwirtschaftlichkeit der nur zwei eingegangenen Angebote. Ihre Preise lagen deutlich über den Schätzungen der Auftraggeber und den zur Verfügung stehenden Mitteln. Die beteiligten Aufgabenträger Nahverkehr Westfalen-Lippe, VRR und Provincie Overijssel, Regio Twente und Gemeinde Enschede werden nun eine Neuvergabe starten.



Maas-Rhein-Lippe-Netz

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und der Zweckverband Ruhr-Lippe haben den Verkehrsvertrag für das "Maas-Rhein-Lippe-Netz" mit der eurobahn [Keolis] unterzeichnet. Das Unternehmen übernimmt im Dezember 2009 den Betrieb der RegionalExpress-Linien RE3

Düsseldorf - Dortmund - Hamm und RE13 Venlo (NL) - Mönchengladbach - Wuppertal - Hamm von DB Regio. Das Leistungsvolumen beträgt rund 3,3 Millionen Zugkilometer jährlich. Die eurobahn wird 18 neue FLIRT- Elektrotriebzüge von Stadler einsetzen. hc

Strahlende Gesichter nach der Vertragsunterzeichnung von links: VRR-Vorstand Dr. Klaus Vorgang, VRR-Vorstandssprecher Martin Husmann, Winfried Stork (Verbandsvorsteher ZRL und NWL), Keolis-Geschäftsführer Hans Leister und Francois Muller (Keolis Deutschland /Leiter operatives Geschäft).

Parteien zum Thema Ausschreibungen

In den Ländern, in denen aktuell Ausschreibungen anstehen, bekamen die Politiker und Parteien Post von mobifair. Darin wurden sie aufgefordert, bis zum Inkrafttreten der EU-Richtlinie 1370 im Dezember dieses Jahres auf Ausschreibungen im öffentlichen Personennahverkehr zu verzichten oder sie gemäß dem Sinn der EU-Richtlinie zu verfassen. Ein mobifair vorliegendes Rechtsgutachten stellt zweifelsfrei fest, dass bereits vor Dezember 2009 nach der neuen Richtlinie verfahren werden kann, in der den Sozialstandards

ein deutlich größeres Gewicht einzuräumen ist. mobifair verlangt, dass in Ausschreibungen klare Forderung zur Personalübernahme mit Absicherung sozialer Besitzstände bei Betreiberwechsel enthalten sein müssen. Außerdem müssen Forderungen nach einem hohen Ausbildungs- und Qualifikationsniveau in den Vergabekriterien enthalten sein. Hier zu drei Themenbereichen die zusammengefassten Sichtweisen der Parteien, die die jeweiligen Positionen zu Ausschreibungskriterien deutlich erkennen lassen:

Thema	CDU	SPD	DIE LINKE	B. 90 / Die Grünen
Arbeitnehmerübernahme bei Betreiberwechsel	Rechte der Beschäftigten sollen gesichert werden; Festlegung zur Übernahme bei Vergaben aber rechtlich umstritten, daher keine Verankerung in Ausschreibungstexten	Vergabe nicht nur nach dem Preis; Übernahme bei Betreiberwechsel ist bei Ausschreibungen als Bedingung festzuschreiben	Personalübernahme bei Betreiberwechsel muss in Ausschreibungen vorgegeben werden, Ausschluss von Subunternehmen und Firmenausschreibungen	Übernahmeangebote bei Betreiberwechsel müssen bindend Bestandteil bei Ausschreibungen sein
Tariftreue-Vorgaben bei Ausschreibungen	Forderung höchst problematisch, erfüllt Anforderung an Rechtssicherheit nicht, Tariftreuegesetz nicht angestrebt; BranchenTV wird wohlwollend betrachtet, aber Sache der Tarifpartner	Tariftreue Regelungen rechtlich möglich, müssen Standard werden, allgemeinverbindlicher Branchen-TV wird unterstützt	Verbindliche Vorgabe von Tariftreue und Sozialleistungen in Ausschreibungen, wirksame Kontrolle, Landesvergabe-gesetz, Unterstützung allgemeinverbindlicher BranchenTV	Lohn- und Sozialdumping müssen im SPNV-Wettbewerb ausgeschlossen sein, allgemein verbindlicher Branchen-TV wird ausdrücklich unterstützt
Ausbildung u. Qualifikation	Ausschreibungsunterlagen sollen dies umsetzen, soweit rechtlich zulässig	Aufträge sollen an Ausbildungs- und Qualifikationsniveau gebunden werden	Landesvergabe-gesetz muss Vorgaben für Qualifikation u. Ausbildung enthalten	Forderung nach Ausbildungs- und Qualifikationsstandards wird unterstützt

Seehofer verspricht Direktvergabe zu prüfen

Die Aussage von Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer in der er die Prüfung einer Direktvergabe an die Bayerische Oberlandbahn (BOB) für die Bahnstrecken des Oberlandes ankündigt, findet die Unterstützung von mobifair.

Es ist auf jeden Fall besser, einen Auftrag an einen seriösen Anbieter direkt zu vergeben, als ihn nach der bisherigen bayerischen Ausschreibungs-Methode der Billigstvergabe auszuschreiben. Außerdem entspricht die Direktvergabe der mobifair-Forderung nach einem Ausschreibungsstopp bis zum Inkrafttreten

der EU-Richtlinie im Dezember. Sie sieht eine stärkere Gewichtung der sozialen Belange in Ausschreibungen vor.

Da die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die im Namen der Staatsregierung die Aufträge ausschreibt und vergibt, dafür bekannt ist, ohne Rücksicht auf Qualität, Zuverlässigkeit und soziale Standards dem Billigsten den Zuschlag zu erteilen, hatten Landräte, Bürgermeister und Bevölkerung dicke Unterschriftenbündel an den Ministerpräsidenten überreicht, damit er sich für ein Weiterbestehen der BOB im Oberland einsetzt. *herc*



Die Bayerische Oberlandbahn vor malerischer Kulisse.

Mehr als die Weltbevölkerung

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) nahm Ende Mai 1995 unter dem jetzt in den Ruhestand gegangenen Volker Sparmann seinen Betrieb auf.

Seit dem gelang es den 26 im RMV organisierten Städten und Kreisen gemeinsam mit dem Land Hessen die Fahrgastzahlen stetig zu steigern, von 520 Millionen auf 655 Millionen pro Jahr. Und das bei einem hohen Preisdeckungsgrad von 54 Prozent. Addiert man die Zahl der Fahrgäste, ist statistisch gesehen die gesamte Weltbevölkerung plus noch eine weitere Milliarde Menschen während der Ära von Volker Sparmann mit dem RMV unterwegs gewesen. Die Weltbevölkerung beträgt zuverlässigen Berechnungen zufolge derzeit rund 6,8 Milliarden Menschen. (Siehe neben stehenden Kasten) *herc*

Zur Person

Klaus-Peter Güttler RMV-Geschäftsführer

Der hessische Wirtschafts - Staatssekretär Klaus-Peter Güttler (59) ist Ende August aus der Hessischen Landesregierung ausgeschieden. Er arbeitet künftig als Geschäftsführer des Rhein-Main-Verkehrsverbundes. Ministerpräsident Koch (CDU) hatte Güttler (SPD) 2007 ins Kabinett geholt. *hc*

Was ist eigentlich...?

Die NordWestBahn GmbH



Die NordWestBahn GmbH mit Sitz in Osnabrück ist eine Tochter der Stadtwerke Osnabrück AG, der Verkehr und Wasser GmbH in Oldenburg und der

Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen stetig vergrößert. Aktuell umfasst das Netz 13 Linien, die von der friesischen Küste bis zum Weserbergland und weiter

Niers-Rhein-Emscher-Netz

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und die NordWestBahn haben ihre Zusammenarbeit für die nächsten 16 Jahre im Rahmen des Niers-Rhein-Emscher-Netzes besiegelt. Die Vorstände und Geschäftsführer unterzeichneten jetzt den Verkehrsvertrag. Die NWB nimmt im Dezember dieses Jahres am Niederrhein den Verkehr auf.

Veolia Verkehr GmbH. Das private Eisenbahnunternehmen hatte im November 2000 ihr erstes Netz zwischen Esens, Wilhelmshaven, Oldenburg, Osnabrück und Bremen in Betrieb genommen. Seitdem hat sich das Unternehmen durch Übernahme weiterer Linien in

bis ins nördliche Ruhrgebiet reichen. Mit dem Start der Regio S-Bahn Bremen/Niedersachsen 2010 wird die NWB erster privater Betreiber eines S-Bahn-Netzes sein. Ende 2009 werden knapp 500 Mitarbeiter auf dem über 1000 Kilometer langen Streckennetz beschäftigt sein.

Bevölkerung wächst jede Sekunde um 2,4 Menschen

Pro Sekunde nimmt die Weltbevölkerung um etwa 2,4 Menschen zu, das heißt es werden 2,4 Menschen mehr geboren als sterben. Die Marke von 6 Milliarden Erdenbürgern wurde im Jahre 1999 erreicht (Schätzung UN: 12. Oktober 1999 / Schätzung USA: 1. Juni 1999). Das wirksamste Mittel um das Bevölkerungswachstum langfristig zu stabilisieren ist sinnvolle Entwicklungshilfe zu leisten. Die Bevölkerung nimmt in armen Entwicklungsländern immer noch stark zu. In den wohlhabenderen Industrienationen stagniert das Wachstum - teilweise sind die Bevölkerungszahlen hier sogar rückläufig.

Einen aktuellen Weltbevölkerungszähler findet man hier: <http://www.umrechnung.org/weltbevoelkerung> *hc*



Gleisbausicherung

Erster mobifair-Fairness-Dialog

Ein paritätisch besetzter „Fairness-Ausschuss“ sorgt für mehr Transparenz bei der Vergabe von Dienstleistungsaufträgen an Gleissicherungsunternehmen und für die Einhaltung sozialer Standards. Darauf einigten sich die Teilnehmer des von mobifair in Frankfurt veranstalteten „Fairness-Di-
alogs“.

mobifair gelang es im Rahmen eines Fairness-Dialogs, die Spitzen der Unternehmensverbände, Interessensvertreter, namhafte Fachjuristen und die Verantwortlichen der Vergabestellen zu einer offenen Diskussion zusam-

men zu führen. Notwendig wurde aus Sicht von mobifair dieser Dialog, da immer häufiger Arbeiten in der Sicherungsbranche von der Deutschen Bahn an Unternehmen vergeben wurden, die sich durch dubiose Machenschaften Wettbewerbsvorteile am Markt erschleichen. Diese Betriebe beuten nicht nur ihre Mitarbeiter aus, sondern gefährden durch verschleierte Doppel- und Dreifachschichten massiv die Sicherheit im Schienenverkehr.

Überrascht über die Sichtweisen und Lösungsvorschläge der jeweils anderen Seite erfolgte bei den Teilnehmern ein lebhafter und konstruktiver Dialog. „Da sind Dinge vorgetragen worden, die sich mir in dieser Tragweite

noch nie erschlossen hatten“, äußerte sich ein Teilnehmer in einer Konferenzpause.

Fachlich kompetent wurde in den Diskussionsbeiträgen kein Zweifel daran gelassen, dass im Bereich der Sicherungsdienste und den entsprechenden Vergabekriterien dringender Handlungsbedarf besteht.

Allenfalls bei der Frage, wie dies geschehen soll, gab es unterschiedliche Auffassungen zwischen den Fachjuristen, den Unternehmen und den Verantwortlichen für das Vergabeprocedere.

Trotz manch unterschiedlicher Sichtweise zeigten sich die Teilnehmer dennoch bereit, Wege zu tragbaren Kompromissen mitzugehen. mobifair bot hier als

fachlich versierte Instanz seine Dienste an, um diesen Prozess zu beschleunigen und zielgerichtet zu begleiten.

Diskutiert wurden auch die unzureichenden Kontrollmechanismen und die sich bei Kontrollen bietenden Schlupflöcher.

mobifair-Geschäftsführer Helmut Diener zeigte auf, wie von den „schwarzen Schafen“ der Branche jede Schwachstelle des Systems genutzt wird, sich illegal auf Kosten der Beschäftigten Vorteile zu verschaffen.

Die Teilnehmer des Fairness-Di-
alogs appellierten daher nochmals an die Kontrollorgane, die Überprüfungen zu verdichten und in ihrer Systematik den sich ständig verändernden Situationen anzupassen. *herc*



Foto: Frank Hercher

Empfehlungen für die Auftragsvergabe

Der während des Fainness-Dialogs ins Leben gerufene Fairness-Ausschuss für die Branche der Gleissicherungsunternehmen, hat im Verlauf seiner ersten Tagung Empfehlungen für die Auftragsvergabe erarbeitet.

Die wichtigsten Empfehlungen des Ausschusses:

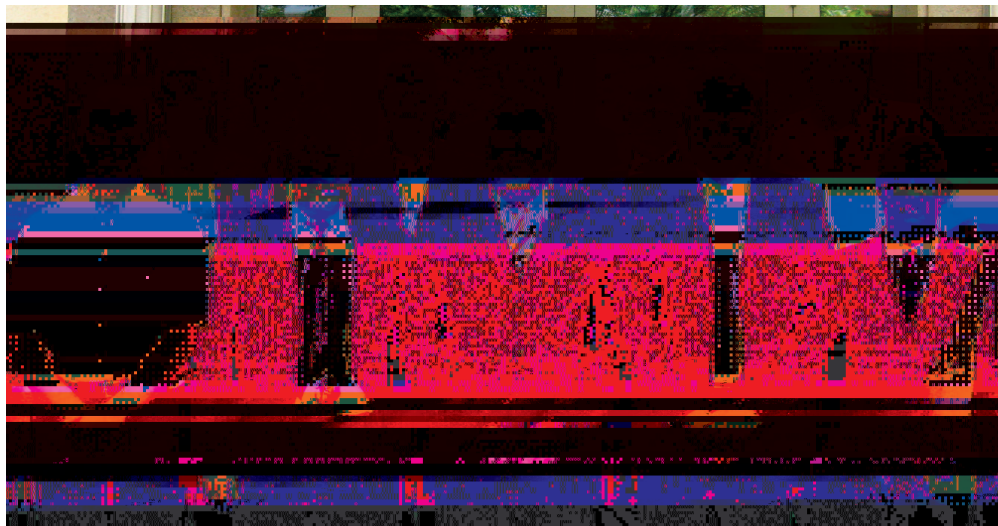
- *Zügiger Abschluss von Tarifverhandlungen um einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag zu erreichen.*
- *Anpassung des Präqualifizierungsverfahrens und Korrektur der Liste mit den präqualifizierten Unternehmen.*
- *Sperrung von Betrieben, die nachweislich gegen das Arbeitsrecht verstoßen und Lohn- und Sozialdumping betreiben.*
- *Anwendung eines besonderen Sichtausweises für die*

Befähigung der Mitarbeiter.

- *Anwendung eines besonderen fälschungssicheren Einsatznachweises.*
- *Festlegung von Mindeststandards als Anforderungen für die Bewerbungsfähigkeit.*
- *Verstärkte Kontrollen der Unternehmen (Betriebscheck) und der Baustellen im Einsatzbereich.*
- *Besondere Berücksichtigung von regional ansässigen Unternehmen bei der Auftragsvergabe (Erfüllungsprinzip).*

Die Besteller sind aufgefordert, die fairen Unternehmen am Markt zu schützen und nur mit ihnen Geschäftsbeziehungen einzugehen. mobifair wird auch künftig allen Hinweisen nachgehen, die sich auf Unternehmen beziehen, die mit rechtswidrigen Machenschaften Wettbewerbsvorteile ergaunern.

Die Mitglieder des Ausschusses



Die Mitglieder des mobifair-Fairnessausschusses (von links): Dieter Schäffer (mobifair), Gerhard Wilde (Verkehrsgewerkschaft GDBA), Rechtsanwalt Christof Schwabe (Kanzlei Schlawien-Naab), Bernd Kaiser (Überwachungsgemeinschaft Bahnbau), Rechtsanwalt Ansgar Dittmar (Kanzlei Notos), Wolfgang Lück (Gleisbau- und Gleissicherungs mbH), Keith Knüppel (mobifair), Björn Schroth (AgvMoVe), Gerhard Ameis (Nürnberger Wach- und Schließgesellschaft), Helmut Diener (Geschäftsführer mobifair), Peter Bachus (AGVBDWS)

Foto: Frank Hercher

mobifair-Anzeige - Zoll ermittelt

mobifair hat gegen die Sicherungsfirma MMS in Memmingen Anzeige erstattet. Die zuständigen Zolldienststellen haben ihre Ermittlungen aufgenommen. Der Firma wird vorgeworfen Sicherungskräfte für Gleisbaustellen unter Lohnwucher zu beschäftigen und „schwarz“ auszubezahlen.

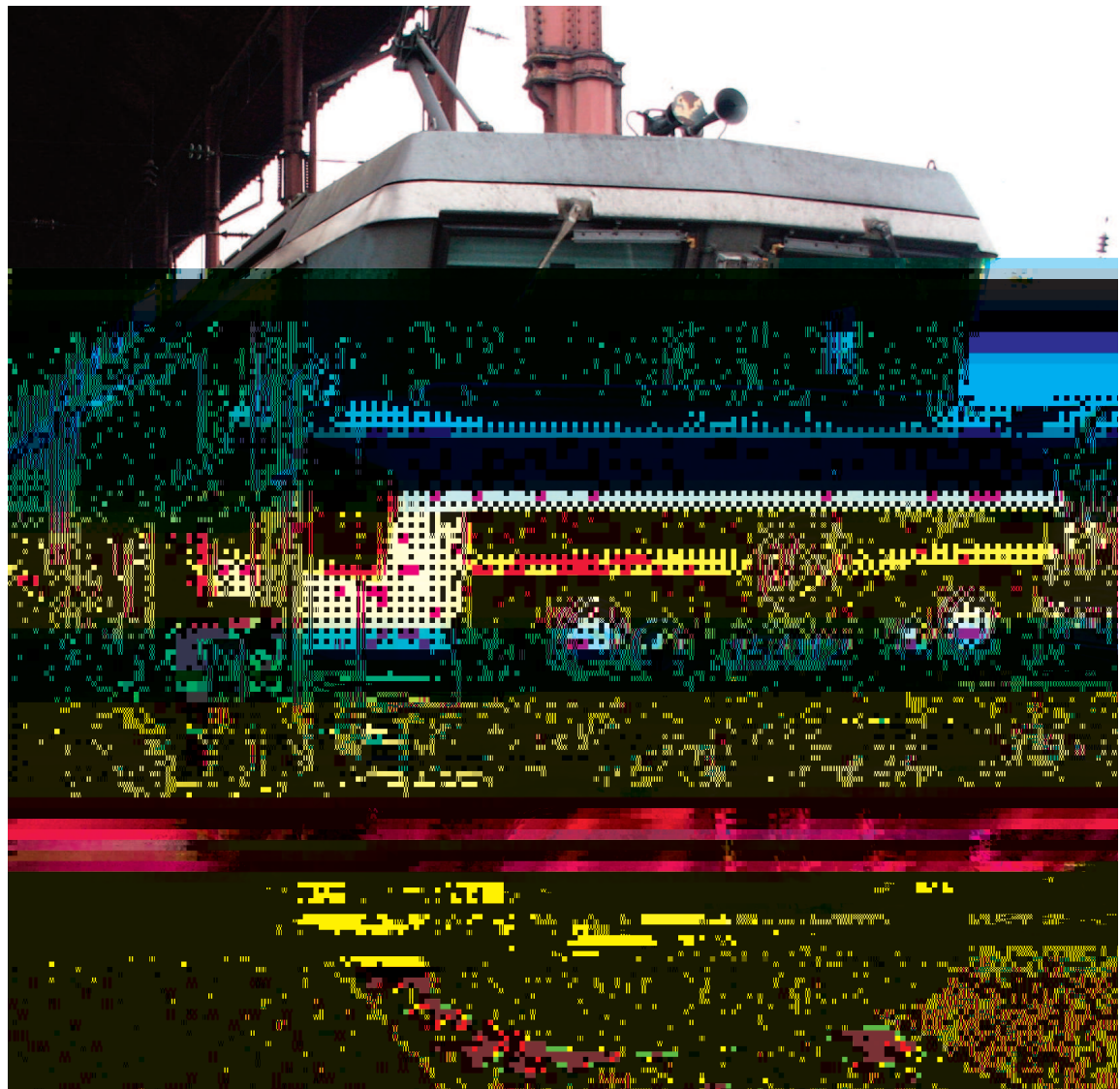
Es besteht der Verdacht des Steuer- und Sozialversicherungsbetrugs. Auch soll die Firma Sicherungskräfte ohne die vorgeschriebene Ausbildung einsetzen.

Bestätigen sich die Hinweise, wird mobifair die DB AG als Auftraggeber auffordern, dieser Firma alle Aufträge zu entziehen und sie von weiteren Vergaben auszuschließen. Inzwischen ermittelt auch die zuständige Staatsanwaltschaft.

Längst überfällige Verbesserungen

Mit dem Beschluss des Bundesrats, zur Eisenbahn-Fahrpersonalverordnung (EFPV) wurde die Zustimmung zur Umwandlung dieser europäischen Verordnung in nationales deutsches Recht erteilt. Mit dieser neuen Regelung wird der Schutz der Triebfahrzeugführer deutlich über den bisherigen Standard hinaus erweitert. Dies gilt ab 9. Dezember dieses Jahres für den grenzüberschreitenden Verkehr und ab 2012 auch für den inner-deutschen Verkehr.

Mit dieser Regelung wird die geplante Fahrzeit auf neun Stunden für Tagarbeit und acht Stunden für Nacharbeit begrenzt. Fahrzeit ist hierbei die gesamte Dauer der geplanten Tätigkeit während der Triebfahrzeugführer die Verantwortung für das Führen des Fahrzeugs trägt. Also auch die geplanten Unterbrechungen, in denen der Triebfahrzeugführer für das Führen des Fahrzeugs verantwortlich bleibt. Lediglich das Auf- und Ab-rüsten des Triebfahrzeugs wird ausgenommen. Grundsätzlich sieht diese Regelung auch eine tägliche Ruhezeit am Dienort des Beschäftigten vor. Nur ausnahmsweise ist eine auswärtige



Ruhezeit zulässig, auf diese muss dann aber eine Ruhepause am Dienort folgen. Darüber hinaus hat das Eisenbahnverkehrsunternehmen ein Verzeichnis über die täglichen

Arbeits- und Ruhestunden des fahrenden Personals zu führen, dieses der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Prüfung zur Verfügung zu stellen und zwei Jahre aufzubewahren.

Insgesamt eine sehr löbliche Verordnung mit längst überfälligen Verbesserungen für die Triebfahrzeugführer. Leider steht zu erwarten, dass unfaire Wettbewerber versuchen werden mit allerlei Tricks diese Regelungen zu unterlaufen. Daher müssen diese Vorschriften konsequent umgesetzt und flächendeckend kontrolliert werden. Nur dann werden wir eine tatsächliche Verbesserung der realen Arbeitsverhältnisse erleben. Aber auch

die Mitarbeiter sind gefordert Unregelmäßigkeiten unverzüglich zu melden, um den Arbeitgebern ihre Verantwortung deutlich zu machen.

Ziel des mobifair-Projektes ist es, die Wettbewerbssituation im grenzüberschreitenden Verkehr zu analysieren und das Ausmaß der Wettbewerbsverzerrung durch Umgehung der rechtlichen Vorschriften abzuschätzen. Au-

Lange Arbeitszeit schadet Gesundheit

Gesundheitliche Probleme wie Rückenschmerzen, Schlafstörungen, und Herzbeschwerden nehmen mit der Dauer der Arbeitszeit zu. Das hat jetzt eine Untersuchung ergeben, die die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in Dortmund durchgeführt hat. Dabei hat sich ein direkter Zusammenhang zwischen der Dauer der geleisteten Arbeitsstunden und den gesundheitlichen Beeinträchtigungen gezeigt. Unregelmäßige Arbeitszeiten und Schichtdienst verstärken die Gesundheitsprobleme noch.

Bei Arbeitszeiten mit weniger als zehn Wochenarbeitsstunden klagte nur jeder Zehnte der Befragten über Schlafstörungen. Bei Beschäftigten mit einer Wochenarbeitszeit zwischen 35 und 44 Stunden hingegen ist es bereits jeder Fünfte, der unter diesen Symptomen leidet. Bei überlangen Arbeitszeiten von mehr als 60 Stunden pro Woche ist sogar jeder Vierte betroffen.

herc



Foto: Pressebild Hangartner

Neues mobifair-Projekt

Psychische Belastungen aufspüren

Im Rahmen eines neuen Projekts untersucht mobifair die Anwendbarkeit einer Checkliste zum Aufspüren von psychischen Belastungen am Arbeitsplatz.

Der Strukturwandel in der Arbeitswelt hat mittlerweile in vielen Betrieben dazu geführt, dass die psychischen Anforderungen wie beispielsweise hohe Ansprüche an Konzentrationsfähigkeit, Aufmerksamkeit, Verantwortung für Material und Menschen, Flexibilität oder Kommunikationsfähigkeit gegenüber den körperlichen Belastungen in den Vordergrund treten.

Dabei sind psychische Belastungen grundsätzlich weder positiv noch negativ zu bewerten. Pro-

blematisch werden allein psychische Fehlbelastungen. Ob nun eine psychische Belastung als Motivation, stressender Faktor oder eben gar nicht wirkt, hängt von der Ausgestaltung des jeweiligen Arbeitsplatzes genauso ab wie von der psychischen Konstitution und privaten Situation derjenigen Person, die den Arbeitsplatz inne hat.

Für Unternehmen ist es auch aufgrund der gesetzlich geforderten Gefährdungsbeurteilung von Interesse, psychische Fehlbelastungen möglichst auszuschließen. Im Vordergrund steht jedoch die Erkenntnis, dass nur weitgehend gesunde und zufriedene Mitarbeiter so leistungsfähig und auch leistungswillig sind, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in den Zeiten des

Wandels erhalten bleibt. Beleuchtet werden dabei sinnvoller Weise die Bereiche Arbeitsorganisation, Führung, Personalpolitik und Unternehmenskultur. In unserem Projekt geht es nun darum, eine bestehende Checkliste dahin gehend zu bewerten, ► ob über deren Fragestellungen auch wirklich gemessen wird, was gemessen werden soll ► und ob die Liste eine praxis-

taugliche, gerne eingesetzte Hilfestellung sein kann, um künftig schnell, gezielt und zuverlässig psychische Fehlbelastungen zu erkennen um Handlungsfelder zu deren Reduktion oder gar Beseitigung zu eröffnen. Wäre das der Fall, so käme dies sowohl den Beschäftigten als auch den Unternehmen gleichermaßen zu Gute.

Doris Steiger

Keine Gehaltskürzung bei Fehlern

Wenn Beschäftigten bei der Arbeit ein Fehler unterläuft, dann kann dies fatale und teure Folgen haben. Trotzdem dürfen Arbeitgeber in solchen Fällen dem Mitarbeiter nicht den Lohn kürzen, um die entstandenen Schäden auszugleichen. Beschäftigte müssen für solche Schäden nur bei grober oder mittlerer Fahrlässigkeit aufkommen. Das muss der Arbeitgeber allerdings zweifelsfrei nachweisen.

herc



Großes Interesse an der Arbeit von mobifair zeigten die Teilnehmer der CDA-Bundestagung in Berlin. Unser Foto zeigt am mobifair-Stand von links: MdB Gerald Weiß (Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion); Doris Steiger (mobifair); Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW Karl-Josef Laumann (CDA-Bundesvorsitzender); MdEP Thomas Mann (Frankfurt); Gabriele Noll (mobifair); Gerfried Scholtz (mobifair-Vorstand).

LKW-Fahrer: Pflicht zur Weiterbildung



Innerhalb von fünf Jahren ist ab sofort eine 35 Stunden umfassende Fortbildung für LKW-Fahrer Pflicht.

Seit 10. September 2009 unterliegen LKW-Fahrer des gewerblichen Güterverkehrs einer Weiterbildungsspflicht. 35 Unterrichtsstunden sind für die Fortbildung angesetzt, die der Fahrer aus eigener Tasche zahlen muss. Sie muss innerhalb von fünf Jahren wiederholt werden. Auf eine abschließende Prüfung wird jedoch verzichtet. Die erfolgte Weiterbildung wird im Scheckkartenführerschein durch eine Schlüsselzahl angezeigt. Für Fahrer, die ohne den erforderlichen Nachweis über ihre Weiterbildung unterwegs sind kann es teuer werden. Für Verstöße gegen diese Vorschrift können bis zu 5000 Euro Geldbuße verhängt werden. *herc*

mobifair vor Ort Infostand in Freilassing

Mit einem Informationsstand in der Freilassinger Innenstadt präsentierte sich mobifair. Gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Bärbel Kofler konnten sich die Passanten über das Thema „Lohn- und Sozialdumping“ informieren.

In vielen persönlichen Gesprächen und durch Handzettel gab es Informationen zum Wettbe-

werb im Öffentlichen Personennahverkehr aus erster Hand. Im Rahmen einer Abendveranstaltung des SPD-Ortsvereins Freilassing, zu dem die Bundestagsabgeordnete eingeladen hatte, stand mobifair mit fachlichen Auskünften zur Verfügung. Thema war auch hier die Situation in der Mobilitätsbranche. Raoul Machalet aus dem mobifair-Team machte in einem Vortrag deutlich, wie vehement der Wettbewerb in dieser Branche auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen wird. *M.W./herc*



Am mobifair-Infowheel: Bundestagsabgeordnete Bärbel Kofler mit den mobifair-Mitarbeitern Raoul Machalet (links) und Werner Rochelmeyer. Foto: Markus Werner

Urteile



Foto: Frank Hercner

Namen und Fakten müssen stimmen

Ein Arbeitgeber hatte in einem Arbeitszeugnis den Vor- und den Nachnamen des Mitarbeiters falsch geschrieben. Auch das Datum des Ausscheidens aus der Firma war um einen Tag nicht korrekt. Dagegen legte der Arbeitnehmer Beschwerde ein und bekam recht. Die Richter am Hessischen Landesarbeitsgericht in Frankfurt machten deutlich, dass in einem Arbeitszeugnis unbedingt der Namen des Arbeitnehmers korrekt angegeben werden muss. Das gelte auch für das Datum des Ausscheidens. *herc*

LAG HessenAz: 12 Ta 250/08

Altersdiskriminierung

Es verstößt gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, wenn Unternehmer in ihren Stellenausschreibungen nur Berufsanfänger suchen. Das entschieden die Richter des Bundesarbeitsgerichts. Die Auswahl nach Berufsjahren sei eine Altersdiskriminierung, stellten die Erfurter Richter fest. Vielfach versuchten Unternehmer mit Berufsanfängern preiswertere Arbeitskräfte zu bekommen. Eine Beschränkung auf Berufsanfänger sei nur in begründeten Ausnahmefällen erlaubt. *hc*

mobifair bleibt wachsam



Bei der Vergabe des Stadtnetzes Berlin sind die Würfel gefallen: die Ostdeutsche Eisenbahngesellschaft (ODEG) und die DBRegio werden dieses Netz betreiben. mobifair wird weiter wachsam darauf achten, wie

von den künftigen Betreibern mit Lohn- und Sozialstandards umgegangen wird und welche Perspektiven sich den Beschäftigten für die Zukunft bei diesen Unternehmen bieten. mobifair begrüßt ausdrücklich, dass Brandenburgs Verkehrsminister, Reinhold Dellmann (im Foto links mit Helmut Diener) den mobifair-Vorschlag angenommen hat und sich für das vorgeschlagene Fairnessabkommen zur Sicherung der Lohn- und Sozialstandards ausspricht. *herc*

Drei neue Mindestlöhne

Der Tarifausschuss beim Bundesarbeitsministerium, stimmte in Bonn den vorliegenden Mindestlohnansätzen für die Bereiche Großwäschereien und Bergbauspezialarbeiten zu. Auch für die Abfallwirtschaft wird es einen Mindestlohn geben. Der Tarifausschuss ist beim Sozialminister angesiedelt und besteht aus jeweils drei Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände.

Der Mindestlohn gilt für rund 28 000 Beschäftigte in Großwäschereien und beträgt in dieser Branche in Westdeutschland 7,51 Euro in der Stunde und in Ostdeutschland 6,36 Euro.

Für die etwa 2 500 Spezialarbeiter im Bergbau einigte man sich, je nach Qualifikation abgestuft,

auf einen Mindestlohn in Höhe von 11,17 Euro und 12,40 Euro. Die rund 170 000 bundesweit tätigen Arbeitnehmer in der Abfallwirtschaft dürfen künftig nicht unter 8,02 Euro verdienen. Für das Wach- und Sicherheitsgewerbe lag ebenfalls ein Antrag auf einen Mindestlohn vor. Da jedoch der Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS) den zugrundeliegenden Tarifvertrag nicht mit der DGB-Gewerkschaft ver.di geschlossen hatte, sondern mit der Christlichen Gewerkschaft (GÖD), verweigerten die DGB-Gewerkschaftsvertreter ihre Zustimmung. Der Tarifvertrag sah Mindestlöhne gestaffelt zwischen sechs und 8,32 Euro vor. *herc*

mobifair fordert für den Zoll

Mehr Personal für mehr Kontrollen

Der jetzt veröffentlichte Bericht der Bundesregierung zur illegalen Beschäftigung zeigt, dass Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung nach wie vor massiven volkswirtschaftlichen Schaden verursachen und reguläre Arbeitsplätze gefährden.

Schwarzarbeit findet laut dieses Berichts in nahezu allen Branchen statt. Ganz oben auf der Liste stehen dabei Beschäftigte beim Bau, im Hotel- und Gastgewerbe sowie in der Pflege.

„Scheinentsendungen“ von Arbeitnehmern aus dem europäischen Ausland spielen dabei eine besondere Rolle.

Der Bericht bestätigt die Erkenntnisse von mobifair, dass Arbeitnehmer aus dem Ausland hierzulande für Lohn- und Sozialdumping benutzt und ausgebeutet werden. Auch die hohen Strafen und Bußgelder schrecken die skrupellosen Täter nicht ab. Das Problem: Es fehlt an einer wirksamen Überwachung. Mit mehr Personal beim Zoll und bei anderen Ermittlungsbehörden müsse künftig eine höhere

FDP will die Monster-Trucks

Die Zulassung der Gigaliner ist nach Ansicht der FDP zwingend notwendig. Das unterstrich Christian Ahrendt Bundestagsabgeordneter und FDP-Landeschef in Mecklenburg-Vorpommern. Die Transportbranche



brauche diese Riesenlastzüge erklärte Ahrendt in Schwerin. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) warf er vor, den GigaLINERN bislang die Zulassung zu verweigern.

mobifair hält dagegen:

Die Monster-Trucks mit bis zu 25,25 m Fahrzeuglänge und bis zu 60 t Gesamtgewicht haben auf unseren Straßen nichts zu suchen. Angesichts der Verkehrsdichte, der nicht ausreichend vorhandenen Park- und Rastplätze und der bereits jetzt von LKW verursachten Verkehrsbehinderungen sind die FDP-Forderungen abenteuerlich.

Einsatz von GigaLINERN ist rechtswidrig

Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) machte jetzt erneut deutlich, dass der Einsatz von GigaLINERN in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern rechtswidrig ist. Er forderte den unverzüglichen Stopp dieser Fahrten und die sofortige Aufhebung der von beiden Ländern erteilten Ausnahmegenehmigungen.

Unterdessen möchten die LKW-Lobby und die Lobby der Großspediteure, die Ausnahmeregelungen über den Termin der Bundestagswahlen hinaus retten. Sie setzen auf eine neue schwarz-gelbe Bundesregierung, die dann dem Druck der FDP nachgibt und dann - möglicherweise sogar mit einem FDP-Verkehrsmi-

nister - den Einsatz der Monstertrucks legalisiert. *herc*

Foto: Allianz pro Schiene/Kraufmann

Kontrollichte erreicht werden, forderte mobifair-Geschäftsführer Helmut Diener anlässlich der Veröffentlichung des Berichts.

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass die Kontrollen durch den Zoll in den vergangenen zwei Jahren rückläufig waren und dass in dramatischer Weise Personal eingespart wurde. So wurden im vergangenen Jahr 37.000 Betriebe weniger überprüft als noch zwei Jahre zuvor (2006 waren es 83.000, 2008 nur noch rund 43.000).

Die Zahl der eingeleiteten Ermittlungsverfahren verringerte

sich in nur einem Jahr um 13.000 von 117.000 (2007) auf 104.000 (2008). Im gleichen Zeitraum sind die Verdachtsfälle um nahezu 90.000 gestiegen.

Das Problem sei längst bekannt und schon vor einem Jahr habe der Bundesrechnungshof auf die Mängel bei der Personalausstattung beim Zoll hingewiesen, sagt Diener. Doch statt das Personal aufzustocken wird es immer weiter verringert. Allein in den vergangenen fünf Jahren um knapp sechs Prozent. Von 7.000 Kontrollleuten auf heute knapp 6600.

herc



Mehr Kontrollen bei der Eisenbahn

EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani will durch mehr Kontrollen, eine bessere Wartung und eine engere EU-weite Zusammenarbeit den Schienenverkehr in Europa sicherer machen. Dazu müsse das Sicherheitsniveau bei den Eisenbahnen insgesamt angehoben werden, sagte der EU-Kommissar nach einer Konferenz in Brüssel.

Grund für das Treffen war das Zugunglück im italienischen Viareggio Ende Juni, bei dem 24 Menschen starben. Nach einem Achsbruch war damals ein mit Flüssiggas gefüllter Waggon entgleist und explodiert. Auch der italienische Verkehrsminister Altero Matteoli will durch intensivere Kontrollen eine Wiederholung einer solchen Katastrophe verhindern. *herc*

Hohe Belastung der Einkommen in Deutschland

Deutschland belastet wie kaum ein anderes OECD-Land die Einkommen von Gering- und Durchschnittsverdienern mit Sozialabgaben und Steuern. Dies gilt für Singles wie auch für Paare und Familien mit zwei Erwerbstätigen. Dies geht aus einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Steuer- und Abgabenlast hervor, die jetzt in Paris veröffentlicht wurde.

So beliefen sich 2008 in Deutschland laut OECD-Studie Steuern und Sozialabgaben für einen alleinstehenden Geringverdiener mit zwei Drittel des Durchschnittsverdienstes auf

47,3 Prozent der Arbeitskosten (Arbeitskosten setzen sich zusammen aus Bruttoverdienst plus Sozialbeiträge der Arbeitgeber). Dies ist nach Belgien der zweithöchste Wert in der OECD. Bei einem Single in Deutschland mit einem Jahresgehalt von rund 63.000 Euro fallen mit 53,7 Prozent die höchsten Abzüge durch Steuern und Sozialbeiträge an. Bei 110.000 Euro Jahresgehalt hingegen müssen nur noch 50 Prozent der Arbeitskosten an Sozialkassen und Staat abgeführt werden. Die Steuer- und Sozialabgabenquote liegt damit für die Spitzenverdiener wieder auf dem Niveau eines Arbeitnehmers mit 36.500 Euro Jahresgehalt. *herc*

Das Allerletzte

Mit Joints auf Wählerfang

Die "Jungen Liberalen" (Julis), die Jugendorganisation der FDP ging mit einer ganz besonders dreisten Idee auf Wählerfang: Sie verteilte anlässlich eines Festivals in Hofheim im Taunus an Jugendliche Zubehör für Cannabis-Zigaretten. Auch Minderjährige bekamen dieses FDP-Werbegeschenk mit dem die Jung-FDP-ler für die Legalisierung "weicher Drogen" und um Stimmen für die FDP warben.

Nach empörten Protesten von Eltern und Drogenbeauftragten distanzierte sich die FDP-Fraktionspitze im Hessischen Landtag von den Vorgängen, gab aber auch zu bedenken, dass Jugendorganisationen oftmals übers Ziel hinaus schossen. *herc*